

Remsthal-Bote

Amts- und Intelligenz-Blatt für den Oberamtsbezirk Waiblingen.

Er scheint wöchentlich 4mal: Dienstag, Donnerstag, Freitag und Samstag. Preis: vierteljährlich in Waiblingen bei der Expedition 90 Pf., fern im Haus 1 Mk. durch die Post bezogen, im Oberamtsbezirk Waiblingen 1 Mk. 20 Pf., außerhalb desselben 1 Mk. 40 Pf. Einrückungsgebühr in Waiblingen und den Amtsbezirken für die 4spaltige Garnanzzeige oder deren Raum 6 Pf., auswärts 9 Pf.

Nr. 91

Freitag, den 16. Juni 1893

54. Jahrgang.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Waiblingen. Die Schultheißenämter

der Abstimmungsorte für die Reichstagswahl werden hiemit noch besonders daran erinnert, daß die Wahlprotokolle mit sämtlichen zugehörigen Schriftstücken, d. h. dem bei der Wahl zu benütigenden **zweiten** Exemplar der **Wählerliste** (das Hauptexemplar hat in der Ortsregistratur zu bleiben) der **Gegenliste** und den nach § 20 des Reglements dem Protokoll beigehefteten **Stimmzetteln** spätestens am Sonntag den 18. d. M. bei dem Wahlkommissär, Regierungsrat Rath in Cannstatt einlaufen müssen. Vor der Absendung sind sie genau zu prüfen und etwaige Fehler zu verbessern. Diejenigen Stimmzettel, über welche eine Beschlussfassung nicht nötig war, sind versiegelt so lange aufzubewahren, bis der Reichstag die Wahl für gültig erklärt hat, den an das Oberamt zu erstattenden Berichten über den Ausfall der Wahl dürfen keine Wahllisten beigegeben werden.

Den 12. Juni 1893

R. Oberamt: T h y m.

Waiblingen. An die Schultheißenämter.

Mit Erstattung des am 5. d. M. (Amtsblatt Nr. 85) angeordneten Berichts über die in ortsüblicher Weise vorgenommene Veröffentlichung der Oberamtl. Bekanntmachung vom 29. Mai d. Js. in No. 82 dieses Blatts sind mehrere Schultheißenämter noch im Rückstand. Sie werden andurch an die nachträgliche Erstattung erinnert.

Den 12. Juni 1893.

R. Oberamt: T h y m.

A u f f o r d e r u n g

an nachstehende in den Oberämtern **Waiblingen** und **Cannstatt** vorhandenen früheren Militärpersonen vom Feldwebel abwärts, welche als **Invaliden anerkannt** sind und **Invalidenpension** beziehen.

In Folge einiger Abänderungen und Ergänzungen zum Militärpensionsgesetz haben sich möglichst bald beim **Weideamt Cannstatt** (Bahnhofstr. 17 im „jungen Hasen“) mündlich oder schriftlich unter Vorzeigung oder Einsendung ihrer Militärpapiere zu melden.

1) Diejenigen Kriegsinvaliden, welche die bisherige Kriegszulage von 6 Mark beziehen.

2) Diejenigen, welche in Folge des Krieges 1870/71 oder früherer Kriege als Invaliden **anerkannt** worden sind, seither die Zulage von 9 Mark für Nichtbenützung des Civilversorgungsscheins beziehen, und sich nicht im Genuß einer Verstümmelungszulage befinden.

3) Diejenigen **anerkannten** Invaliden, welche seit dem Krieg 1870/71 durch eine militärische Aktion (das heißt durch die Kämpfe in Afrika oder auf Samoa), oder durch Seereisen (Marine) **invalid** geworden sind und die Zulage für Nichtbenützung des Civilversorgungsscheins beziehen, aber sich nicht im Genuß einer Verstümmelungszulage befinden.

4) Diejenigen als **Ganzinvalid** und mindestens teilweise erwerbsunfähig **anerkannten** Mannschaften, bei welchen später eine Steigerung ihrer Erwerbsunfähigkeit **anerkannt** worden ist.

5) Diejenigen ursprünglich als **dauernd** Halbinvalide anerkannten Mannschaften, bei welchen später eine Steigerung ihrer Invalidität **anerkannt** worden ist.

Es wird ausdrücklich bemerkt, daß nur vorstehend genannte Invaliden sich melden sollen, **nicht** aber Leute welche mit ihren Invalidenansprüchen bis jetzt **abgewiesen** worden sind.

Ferner dürfen sich **nicht** melden, diejenigen welche eine Kaiserliche Gnadenbewilligung beziehen.

Endlich wird besonders bemerkt, daß von den beteiligten Personen **kein** Anträge an das königliche Kriegsministerium gestellt werden dürfen.

Hinsichtlich der durch die Abänderungen zum Militärpensionsgesetz nötig werdenden anderweitigen Regelung des Pensionsbezugs für die im Civildienst befindlichen Offiziere und Mannschaften wird später besondere Verfügung ergehen.

W u d w i g s b u r g, den 4. Juni 1893.

Königliches Bezirkskommando.

An die R. Ortschaftschulinспекorate.

Diejenigen **Wehrlisten I und II** in welchen seit 1. Dez. v. J. Einträge zu machen waren, sind **binnen 8 Tagen** hierher einzusenden. (Konf. Abl. IX S. 3890.)

Winnenden, 14. Juni 1893.

R. Bezirksschulinспекorat:
B o l z.

Waiblingen.

Aufforderung zur Bezahlung der Steuern und der Brandschadensbeiträge.

Diejenigen, welche noch mit der Steuer pro 1. April 1892/93 im Rückstande sind, werden aufgefordert, bei Vermeidung der Zwangsvollstreckung bis

Samstag, den 24. d. Mts.

an die Stadtpflege vollständige Zahlung zu leisten. Sodann werden sämtliche Steuerpflichtige aufgefordert, an der neuen Steuer pro 1. April 1893/94, den nunmehr auf 3 Monate verfallenen Betrag (also $\frac{1}{4}$ der ganzen Steuer) nach Maßgabe der vorjährigen Steuerumlage **längstens binnen 8 Tagen** an die Stadtpflege zu entrichten, da sonst Vorladung zur Einteilung eines Zahlungsbefehls erfolgen müßte. Dabei wird bemerkt, daß die Steuerumlage erst gefertigt werden kann, wenn die Steuereinschätzung abgeschlossen sein wird, daß aber jeder Steuerpflichtige gleichwohl verpflichtet ist, jeden Monat die verfallene Steuer zu bezahlen, damit die Gemeinde ihren Verbindlichkeiten nachkommen kann. Ebenso werden die Gebäudebesitzer, welche noch mit Brandschadensbeiträgen im Rückstande sind, bei Vermeidung unliebsamer Maßregeln zur alsbaldigen Zahlung aufgefordert.

Den 14. Juni 1893.

Stadtschultheißenamt:
H ö c k e r.

Diöcesan-Verein

Donnerstag, den 22. Juni

Nachm. präcis 3 Uhr

in Waiblingen

Diöcesanvereinsvorstand:

Pfarrer R e s l e.

Waiblingen.

Laubstreu-Verkauf.

Am nächsten

Samstag, den 17. Juni d. Js.

werden aus dem vorderen Stadtwald

ca. 130 Loose Laubstreu

im öffentlichen Aufstreich verkauft.

Zu dem Verkauf sind nur **hiesige Viehbefitzer** zugelassen.

Versammlung vormittags 8 Uhr bei der Kreuzkirche.

Den 14. Juni 1893.

Stadtpflege

P f ä n d e r.

Privat-Anzeigen.

Strümpfelbach D./M. Waiblingen.

Am nächsten **Samstag d. 17. Juni**

Mittags 12 Uhr

wird vom Gerichtsvollzieheramt hier, eine junge fehlerfreie roteckige



K u h

gegen Baarzahlung im Aufstreich verkauft.
Dazu sind Viehbefitzer eingeladen.

An Wirkung unüberbrennen.

Germania Pomade
 Kahlkopf! O, diese glücklichen Menschen mit ihrem herrlichen Haarwuchs!
 Arzt: Machen Sie nur nicht solch böses eicht! Ihnen ist sehr bald geholfen! Gebrauchen Sie Gutbier's Germania-Pomade, welche sich in meiner Praxis klärend be-
 wirkt hat und das Vorsehliche zur Förderung und Erlangung eines schönen Haar- und Bartwuchses ist. Achten Sie aber bei den blühigen Nachahmungen darauf, dass das Name „H. Gutbier“ auf jeder Büchse steht, da ich nur für dies Fabrikat garantieren kann.
 Kahlkopf: Wo kann ich denn Gutbier's Germania-Pomade wirklich echt kaufen?
 Arzt: Direct durch H. Gutbier's Kosmetische Offizin, Berlin, Bernburgerstr. 6.
 à Flacon 1 00 Mark echt zu haben: in **Waiblingen** bei **C. Willinger-Keller**.

Männergesangsverein Waiblingen.

Nächsten Freitag Abend

findet eine

„Singübung“

für den auf nächsten Sonntag beabsichtigter Ausflug statt.

Der Vorstand: **Küderli.**

Sommersprossen verschwinden unbedingt durch die Anwendung von Bergmann's vollkommen neutraler

Pflanzenmilch Seife

v. **Bergmann & Co., Berlin** u. **Frankfurt a. M.**

Beste Seife zur Erlangung zarter weißer Haut
 Aelteste allein echte Fabrik-Marke: Dreieck mit Erdkugel.

Käuflich: zu 50 Pf. per Stück bei **Theodor Daiber.**

Waiblingen.
 Ein 16-20jähriger

Knecht

zu Fuhr- und Feldgeschäft wird sogleich gesucht

Von wem? sagt die Redaktion.

Waiblingen.
 Kaltflüssiges

Baumwachs

ist zu haben bei **Im. Scheffel.**

Waiblingen.

Ein kräftiges

Mädchen

von 18 Jahren sucht eine Stelle Näheres bei der Redaktion.

W e u t a d t.

Sinen gebrauchten

Kuhwagen

hat zu verkaufen.

Schmid Duracr.

MAGGI'S

Suppenwürze ist in

Fläschchen schon von 65 Pfennig an zu haben bei

U. Bollmer Witwe.

Fracht-Briefe

empfiehlt

C. F. Bud

Was trifft es uns?

Die Demokratie weiß die Millionen, die die Heeresvorlage kostet, ins Unermessliche zu steigern. Vergleicht man, um ein greifbares Bild zu erhalten, wie viel es das einzelne Land trifft, wie viel es den Einzelnen trifft, so kommt man auf Summen, mit denen man auch im Einzelstaat oft zu rechnen hat und die nicht „unerschwinglich“ sind im Vergleich zu dem, was unser Württemberg für viele andere Zwecke leidet. Der Gröber'sche Bericht berechnet die fortdauernden Ausgaben für Württemberg auf 1 950 507 M. Auch diese Zahl ermäßigt sich noch, nachdem die Regierung sich auf den Antrag Hüne verständigt hat. Wie viel das auf den Kopf der württ. Bevölkerung bei wenig über 2 Millionen Einwohnern ausmachen würde (nach der Volkszählung von 1890: 2 036 522 Einw.), kann sich jeder leicht berechnen. Nicht aber auf die einzelnen Einwohner wird umgelegt, was die Heeresvorlage ausmacht, vielmehr soll es auf diejenigen Schultern gelegt werden, die es zahlen können: die Vermöglichen. Eitel Humbug ist es, wenn die Demokratie ins Volk hinausruft: So viel trifft's jeden Steuerzahler und, wenn er Familie hat, gar 6 mal so viel. Die Zahl der Mannschaften, um die das württ. Armeekorps vermehrt werden soll, beträgt 2477 Gemeine und 426 Unteroffiziere. Auch hier würde der Antrag Hüne noch eine Verminderung bringen. Wir haben in Württemberg 1911 Gemeinden, das macht also für jede Gemeinde eine Vermehrung von 1,51 Soldaten, ein und einhalb Mann. Ist es wirklich „unerschwinglich“, daß eine württ. Gemeinde unter vier Jahren die drei ersten Jahre je einen Mann mehr stellen als bisher? Würde man selbst in den kleinsten Gemeinden, die es naturgemäß viel weniger trifft, als die großen, denn auch hier müssen die großen Gemeinden natürlich in erster Linie daran glauben, es irgend wie verspüren, wenn dieser eine Mann jetzt schon mehr eingezogen worden wäre? Und was die Kosten anbelangt, so hat die Beratung des letzten Finanzetat's in der Kammer des öfteren Anlaß gegeben mit Summen zu anderen Staatszwecken zu rechnen, die noch recht erheblich höher sind, als die 1 950 000 M., die nach dem Gröber'schen Bericht an fortdauernden Ausgaben für das württ. Armeekorps entfallen. 1891/92 ist der Reinertrag der Staatseisenbahnen hinter dem Zinsbedarf für die Eisenbahnschuld zurückgeblieben um mehr als 3 Mill. M. und mit diesem Defizit haben Regierung und Stände gleichermaßen als mit rein natürlichen Verhältnissen gerechnet und Niemand, auch keinem Demokraten ist es eingefallen vom „volkswirtschaftlichen Ruin“ zu sprechen, den die 3 Mill. M. für das Land im Gefolge haben werden. Der Etat eines einzelnen württ. Ministeriums, des Ministeriums des Innern, ist eben mit einem Mehr von nahezu 1/2 Mill. bewilligt worden, nachdem erst der vorhergehende Etat desselben Ministeriums um über 1/2 Mill. gesteigert worden war, ganz abgesehen von der weiteren Million Mark an jährlichen Strassenbaubeiträgen, die 4 Jahre lang demselben Ministerium bewilligt wurden und die auch jetzt wieder in der Höhe von 1/2 Mill. bewilligt worden sind. Also hier in wenigen Jahren fast dieselbe Steigerung in einem einzelnen Departement eines Einzelstaates, wie sie für Württemberg notwendig wird, zu Gunsten der Sicherung des Landes und Reiches. Der württ. Finanzetat schließt ab mit einem Staatsbedarf für 1893/94 von 68 231 104 M. Wird da die Sache plötzlich unerschwinglich, wenn statt 68 Millionen 2 weitere aufzubringen sind? Kann das Land 68 Millionen ohne Not aufbringen und ist es andererseits „reiner wirtschaftlicher Ruin“, wenn man bei gerechterer Steuerverteilung als bisher — und diese Gesetzesarbeit ist in Württemberg in Vorbereitung — soll 70 Mill. aufbringen, weil die Stetigkeit des Handels und Verkehrs, die Aufrechterhaltung des Friedens dies verlangt? Ueber das Eisenbahndefizit hat sich Niemand aufgeregt; die Steigerung im Departement des Innern hat die Kammer sogar mit Freuden genehmigt. Wollen wir so kurzfristig sein, zu vergessen, daß die Opfer selbst in einem siegreichen Kriege ganz andere Summen verschlingen, als die Militärvorlage erfordert und als wir sie zu anderen Zwecken in unserem württ. Etat ebenfalls haben und — so reich sind wir noch in Württemberg — auch ferner haben werden!

Warum wollen wir die allgemeine Wehrpflicht?

Seit mehr als 20 Jahren ist im Deutschen Reiche die Last des Kriegsdienstes ungleich verteilt und Artikel 51 der Reichsverfassung, welcher lautet: „Jeder Deutsche ist wehrpflichtig“, ist bis heute noch nicht zur Durchführung gekommen. Gegen 4 Millionen junger kräftiger Männer haben seit dem Jahre 1870 dem Reiche als Soldaten keine Dienste geleistet, während ihre Kameraden auf 3 Jahre dem Berufe und der Familie entzogen sich bei Hitze und Kälte, bei Sturm und Wetter Waffendienste übten. Während in der Zeit von 1872 bis 1887 die Zahl der zum Dienste tüchtigen, aber der Ersatzreserve und dem Landsturm 1. Aufgebots überwiesenen die Zahl der Eingestellten wesentlich überwog, änderte sich das Verhältnis infolge der Heeresvermehrung von 1887 und 1890 in etwas; allein es beträgt heute die Zahl der nicht eingestellten und doch brauchbaren Mannschaften immerhin noch etwas mehr als 100 000 Mann im Jahre. Dies ist ein Zustand der Ungleichheit und Ungerechtigkeit, der endlich abgeschafft werden muß. Diese Leute waren seither den Eingestellten gegenüber auf das ungerechteste bevorzugt, denn nicht nur waren sie im vollen Erwerbaleben und in der Lage, in ihrem Berufe voranzukommen, sondern sie waren auch den von den Fahnen wieder Entlassenen gegenüber insofern im Vorteil, als diese letzteren nun von Neuem sich wieder in ihrem Berufe etnarbeiten mußten. Die gedienten Soldaten hatten daher nach ihrer Entlassung in den Wettbewerb mit den besser gestellten zu treten.

Noch schärfer aber tritt das Unrecht zu Tage im Kriege. Alsdann sollten hunderttausende von jungen Männern im Anfange des Kriegs ruhig zu Hause bleiben oder jetzt erst als Rekruten zu den Fahnen berufen werden, während ebenso viele hunderttausende meist verheiratete Landwehrmänner sich dem ersten Ansturm des Feindes entgegenstellen müssen. Wir wollen haben, daß diese alten Landwehrmänner im Anfange des Kriegs geschont und im Rücken des Heeres verwendet werden und daß man zu diesen erst seine Zuflucht nimmt, wenn Gefahr im Verzuge ist und alle Mann an Bord sein müssen. Wir wollen die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht aber auch erreichen, weil wir nur durch sie in den Stand gesetzt werden, gleich von Hause aus auf dem Kriegsschauplatz mit Uebermacht zu erscheinen. Schon oft wurde gezeigt, wie wichtig die Uebermacht zur Erreichung des Sieges ist und wir wollen diese Sicherheit nicht von Anfang an aus der Hand geben. Stellt man nach der Regierungsvorlage jährlich 53 000 Rekruten weiter ein, so giebt diese, wenn man nur die Linie, die Reserve und die Landwehr 1. Aufgebots rechnet, von der alten Landwehr aber und von unseren braven Landstürmern abzieht, schon eine Vermehrung des Heeres um mehr als 1/3 Million tüchtiger Soldaten. Diese halbe Million mehr aber gibt uns, wenn sie vorhanden, die Sicherheit zum Siege; wenn sie nicht vorhanden ist, so ist uns die Eringung des endgiltigen Sieges erschwert, und um so blutiger wird für uns der Sieg werden. Es ist von entscheidender Wichtigkeit, ob unsere Heere gleich im Anfang mit 500 Bataillonen mehr zur Stelle sind oder nicht.

Die Volkspartei will eine Mehreinsetzung von jährlich 25 000 Rekruten unter Beibehaltung der seitherigen Ersatzreserven gewähren. Was ist die Folge hiebon? Wir schwächen alsdann unsere Feldheere gegenüber der Vorlage wieder um 250 000 Mann, wir verzichten auf die Mitwirkung eines gewaltigen Heeres. Dies kommt der Selbstverstümmelung gleich und würde eine unbegreifliche Thorheit sein. Werden nur 25 000 Rekruten mehr eingestellt, so ist der Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht wieder durchbrochen und es bleiben wieder jährlich gegen 75 000 junger Männer übrig, welche zum Dienste brauchbar sind. Wir wollen aber die schwere Pflicht, welche das Reich seinen Bürgern auferlegt, in gleicher und gerechter Weise durchführen. Wir wollen, wenn je wieder ein Krieg über uns hereinschlagen sollte, dem Feinde so stark als möglich entgegentreten.

Was der Westwind bringt.

Die Militärvorlage wäre schon längst unter Dach und Fach, wenn jeder Deutsche jeden Tag f r a n z ö s i s c h e B e i t u n g e n lasse.

Eine würde schon genügen. Auch der verbohrteste Michel würde sich unter der Zipfelfappe krazen und sagen: „Donnerwetter! was schreiben sich da die wässchen Raiben die Finger krumm und lahm gegen eine Sache, die sie gar nichts angeht? Sie müssen aber ein Haar drin gefunden haben, weil sie uns so wild in die Suppe spucken. Gut meinen sie es mit uns nicht, im Gegenteil! Also kann die Sache mit der Militärvorlage nicht so schlecht sein, als unsere eigenen Kannengießer uns weiß machen wollen.“ In der That muß jedem Deutschen, der diesen Namen verdient, der auffallende Umstand sehr viel zu denken geben, daß diejenigen Parteien, die sich zur geplanten Verstärkung unseres Heeres ablehnend verhalten, sich in so rührender Uebereinstimmung mit dem uns feindlichen Ausland befinden und von demselben mit Beifall geradezu überschüttet werden, sich liebenswürdiger Ermunterungen von dorthier erfreuen. Das deutsche Volk rüstet sich für einen Gang zur Wahlurne, auf dem es vielleicht über seine ganze Zukunft, über sein Dasein entscheidet. Wenn ein Deutscher nach der überzeugenden sachlichen und technischen Begründung der Militärvorlage, wie sie von unserem großen Generalstabe, einer der gewissenhaftesten und gründlichsten Behörden der Welt, gegeben worden ist, noch im Zweifel sein könnte, wie er am 15. Juni abzustimmen hat, ein Blick in die Zeitungen Frankreichs müßte ihm jeden Zweifel benehmen. Es ist nicht wahr, und wir werden es an dieser Stelle noch schlagend nachweisen, was die Gegner der Heeresverstärkung in ihren Blättern behaupten, daß die französischen Zeitungen die Frage der Annahme oder Nichtannahme der Militärvorlage mit Zurückhaltung behandeln. Vielmehr gerade so, wie sie über die Ablehnung derselben am 6. Mai triumphirt haben, erhoffen sie zuberächtlich im Interesse Frankreichs die abermalige Ablehnung derselben von dem zukünftigen Reichstag. Und zwar ergibt sich beim Blick auf die betreffenden französischen Veröffentlichungen als Hauptgrund dieses Sehns und Hoffens darauf, daß die Deutschen noch einmal dieselbe bötsche (d. h. Dummheit) machen möchten, die sehr gewichtige Erwägung, daß die Militärvorlage der Wehr Deutschlands eine Verstärkung bringen soll, welche die Franzosen diesmal nicht nachmachen können; deswegen legen sie sich diesmal auch so besonders mächtig ins Zeug und dieser Gesichtspunkt zieht sich wie ein roter Faden durch alle Erörterungen der französischen Blätter. Ja, wenn sie mit gleicher Münze antworten könnten, dann wäre ihnen nicht bange. Denn die Franzosen thäten es ohne Besinnen und Besinnung. So haben sie natürlich ein außerordentlich großes Interesse daran, daß sie von uns nicht bleibend überflügelt werden und möchten deshalb die durch die Militärvorlage geplante Heeresverstärkung um jeden Preis hintertreiben. In dem Verlauf der gegenwärtigen Wahlbewegung in Deutschland erblicken sie (wir hoffen irrthümlicherweise) eine Bürgschaft für die Erfüllung ihres heißen Wunsch. Fortwährend bringen ihre Blätter lange Leitartikel über den „deutschen Partikularismus“, wie die Republique Francaise vom 7. Juni, worin diese Erscheinungen zu Gunsten der französischen Interessen gebucht werden. Für so wichtig halten sie jetzt wieder die Unkenrufe mancher Deutschen, daß sie dieselben für die Berechnungen ihrer auswärtigen Politik in Ansatz bringen. Die Wahlaufrufe der die Militärvorlage ablehnenden Parteien haben ferner bei der franzö. Zeitungen riesigen Beifall gefunden, während an den Aufrufen der vorlagefreundlichen Parteien kein gutes Haar gelassen wurde. Die sehr verbreitete, in Paris erscheinende Petite Presse vom 7. Juni bespricht in einem längeren Aufsatz mit der Ueberschrift: „Evenements d'Allemagne“, d. h. „Was in Deutschland vor sich geht!“ u. a. den Wahlaufruf der deutschen Zentrumsparthei, wie alle Pariser Blätter, in verdächtig beifälliger Weise. Es heißt da: „Seit dem Anfang des Wahlkampfes in Deutschland bildet das bedeutendste Ereignis die Veröffentlichung des Aufrufs der kath. Zentrumsparthei.“ Es folgen dann die Kraftstellen des Aufrufs, worauf das franzö. Blatt bemerkt: „In die Augen springt die Feindseligkeit, die das deutsche kath. Centrum in klarer und energischer Weise nicht allein gegen die Vorlage der Regierung, sondern auch den Vermittlungsvorschlag Düne an den Tag legt. Ein Hauch des reinsten Patriotismus, verbunden mit tiefer Weisheit weht durch die Zeilen dieser hochwichtigen Kundgebung (wird es den Herren bei diesem verfänglichen Lob nicht unheimlich? D. Red.) Was besonders zu bemerken und als ein Zeichen der Zeit festzuhalten ist, besteht in der ausdrücklichen Verpflichtung, die das kath. deutsche Centrum übernommen hat, mit der vollkommensten Manneszucht für die der Erhöhung der Militärausgaben feindlichen Kandidaten zu stimmen. Diese Verpflichtung ist von ungeheurer Tragweite, wenn man sich dabei erinnert, daß diese dem Anwachsen der Militärausgaben feindliche Parthei schon mehr als hundert Sitz im alten Reichstag zählte; nun wird sie aber nach den genauesten Schätzungen (!) mit 130 Mitgliedern in den neuen Reichstag zurückkehren. Gleichzeitig bedeutet dieser Wahlaufruf einen der heftigsten Angriffe auf die deutsche Einheit. Schon gewirnt es auch den Anschein, als ob die kleineren deutschen Höfe Anwandlungen zu offenem Aufbruch verspürten (!) Und wir sind fast versucht, an eine mehr oder minder nahe bevorstehende Auflösung des deutschen Reiches zu glauben. So weit mußte es notwendiger Weise in einem Lande kommen, in welchem die nationale Einheit nicht auf tiefgründigen Kräften eines engen Zusammenschlusses und vollkommener Anpassung zwischen allen Theilen des Reiches beruht. Zwischen den verschiedenen Königreichen und Fürstentümern, aus denen das deutsche Reich zusammengeschmiedet worden ist, bestehen zu viele Verschiedenheiten des Volksthaters und zu viele Rassenunterschiede (siehe!), als daß dieses künstlich gemachte Ganze sich lange halten könnte. **Deutschland geht in Riesenschritten seiner Auflösung entgegen.** Vielleicht macht dieser Umstand einen Krieg unumgänglich, es steht nämlich dahin, ob der Kaiser mit Bestimmtheit auf

seine Verbündeten rechnen könnte.“ — Also finis Germaniae! Dem Leser wird der hübsche Widerspruch nicht entgangen sein, der zwischen obigen gesperrt gedruckten Stellen des Artikels der Pariser Zeitung sich ergibt. Die „reinste Vaterlandsliebe und die tiefe Weisheit des deutschen katholischen Centrums“ wird in demselben Atem als „eine der heftigsten Angriffe auf die Einheit Deutschlands“ bezeichnet. Das ist eine blutige Abfuhr. Der Franzose selbst freilich scheint die schreiende Ungeheuerlichkeit dieses Widerspruchs gar nicht gefühlt zu haben. Ihm scheint es selbstverständlich zu gelten, daß bei einem Deutschen patriotisch sein gleichbedeutend sei mit dem Streben, die deutsche Einheit zu untergraben. O der Schmach! In dieser verächtlichen Weise waqt man bereits im Ausland von uns zu reden! Man behandelt uns im Vorschuß als Kadaver! Wir möchten die Artikel sehen, die im gleichen Fall in französischen Zeitungen geschrieben würden, wenn eine französische Parthei es wagte, bei Wahlen Aufrufe zu veröffentlichen, die dem Auslande Anhaltspunkte zu derartigen Schlüssen böten, wie sie aus dem Aufruf der deutschen Zentrumsparthei gezogen werden konnten. Feuer und Flamme würde die ganze Presse Frankreichs speien, und von der Wucht der nationalen Entrüstung würde dort eine Parthei zerschmettert werden, die es sich begeben ließe, eine Frankreich bloßstellende Sprache zu führen. Den Franzosen kann man es nicht verdenken, wenn sie sich bei Beobachtung des Treibens in unserem Vaterland ihr Teil denken und verächtlich die Achsel zucken. Kann es da verwundern, wenn sie im sicheren, kraft-erhöhenden Gefühl ihrer Geschlossenheit und im Blick auf unsere Zerfahrenheit sich wieder Frechheiten erlauben, wie folgende? In der Nummer des Nanziger Blattes, genannt Impartial de L'Est, vom 4. Juni steht als Anfang eines Artikels über die Fischerei in der Seille zu lesen: Seit 1870 bildet die Stelle vorübergehend die Grenze zwischen unserem Lande und dem räuberischen Deutschland auf eine Strecke von etwa 50 Kilometern etc.“ Und der Intransigant vom 6. Juni erlaubt sich zu sagen: „Die Ungeheuerlichkeit, mit welcher der Statthalter unserer, nur für den Augenblick verlorener Provinzen, handelt, erheischt endlich Wiedervergeltung etc.“ Gebieterisch tritt an alle Deutschen, die das Gefühl der nationalen Würde haben, die Pflicht heran, bei der bevorstehenden Wahl vom Rhein bis zum Niemen, von den Alpen bis zum Best sich einmütig und geschlossen zu erheben, um einen Reichstag zu erkämpfen, dem die Sorge für die Zukunft des Vaterlandes über den Rücksichten der Parthei steht.

Eine Neuerung im gegenwärtigen Wahlkampf ist die direkte Mitwirkung der Franzosen.

Die Köln. Z. schreibt darüber: Wer sich davon überzeugen will, der lese einmal die Flugblätter, die jetzt aus Frankreich in wohlverschlossenen Briefen nach Elsaß-Lothringen geschickt werden. In deutscher und französischer Sprache auf dünnem, feinem Papier gedruckt, werden die Flugblätter in vielen tausend Exemplaren nach Elsaß-Lothringen zur Verteilung an die Wähler gesandt. Und was ist der Inhalt der Blätter? Rache und Sieg der „Gerechtigkeit“! Man lese nur: „Ewig kann die Herrschaft der rohen Gewalt nicht währen und bald wird der Tag leuchten, an welchem der Sieg der Gerechtigkeit kommen soll. Sie haben euch nicht vergessen, eure Brüder in Frankreich; mit ganzem Herzen sind sie mit euch gekleben; ihre Gedanken sind immer bei euch; mit tiefem Schmerz empfinden sie eure dauernden Betrübnisse und schwere Unterdrückung. In der Stille verstärken sie sich, um die Ankunft jenes Tages, welcher euch wieder in den Schoß des lieben franzö. Vaterlandes zurückbringen soll, möglichst zu beschleunigen. Glaubt nur dem Deutschen nicht, der euch einschmeichelnd sagen wird, Frankreich habe Elsaß und Lothringen vergessen, denn es ist Lüge! An euch wird stets gedacht und wach wird man bleiben, bis sich einst eine günstige Gelegenheit bietet, euch endlich aus den Klauen des preussischen Adlers zu reißen.“ Wenn über solchen Thatsachen die Augen nicht aufgehen, dem ist überhaupt nicht zu helfen.

Württemberg.

W a i b l i n g e n, 12. Juni. Am gestrigen Sonntag besuchte Gemeinderat K a l l e n b e r g die 3 größeren Gemeinden des Bezirks Enderzbach, Großheppach und Strümpfelbach in Begleitung mehrerer Anhänger von Ludwigsburg und Waiblingen. Die Versammlungen waren so zahlreich besucht, daß die gewählten Räume kaum reichten. Ueberall fand der Kandidat mit seinem Programm, das er entwickelte, Anklang, auch wurde er in allen 3 Gemeinden von Rednern aus denselben unterstützt. Nur die Versammlung in Großheppach wurde durch einen Sozialdemokraten aus der Nähe gestört; er wurde aber von Prof. Metzger in Ludwigsburg gründlich abgeführt und mußte das Lokal vor Schluß der Versammlung verlassen, weil unter den anwesenden Bürgern die Aufregung gegen ihn sich immer mehr steigerte. Die Stimmung für Kallenberg und die deutsche Sache wird erfreulicher Weise von Tag zu Tag günstiger, so daß die Aussichten die besten sind.

— Seine Königl. Majestät haben am 12. Juni d. J. allergnädigst geruht, den Bezirksbauinspektor Baurat Herzog in Ludwigsburg unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste seinem Ansuchen gemäß in den Ruhestand zu versetzen.

— Wie der „St.-Anz.“ erfährt, wird Seine Majestät der König die Paraden über die Truppen der Garnisonen Stuttgart und Ludwigsburg am 17. d. Mts. auf dem Cannstatter Exercierplatz, über die Truppen der Garnisonen Ulm—Waiblingen am 27. auf dem Exercierplatz in der Friedrichsau je um 10 Uhr vormittags abhalten. Die Parade am 17. kommandiert General-Lieutenant v. Lindequist, Kommandeur der 26. Division, die am 27. General-Lieutenant v. Nitsch-

Koseneck, Kommandeur der 27. Division. Die Truppen erscheinen im Paradeanzug — die Infanterie jedoch ohne Gepäck —, Fahnen und Standarten enthüllt. Es findet je ein 2maliger Vorbeimarsch statt, bei den Fußtruppen zuerst in Kompagniefrenten, dann in Regimentskolonnen, bei der Kavallerie in Eskadronsfrenten im Schritt, dann im Trabe, beim Train zuerst in Zügen im Schritt und dann in Kompagniefrenten im Trabe.

F e l l b a c h, 13. Juni. Während die am letzten Sonntag im Adlersaal durch die Anhänger des sozialistischen Kandidaten M. Glaser gehaltene Versammlung nur schwach besucht war, hatte sich die gestern im Rathhauseaal anberaumte Wählerversammlung, in welcher Kandidat Kallenberg aus Ludwigsburg sein Programm entwickelte, eines sehr zahlreichen Besuches zu erfreuen. In ruhiger, sachlicher Weise führte er seine Grundsätze aus. Reicher Beifall belohnte den Redner. Koch traten als Redner auf Bankier Hartenstein, Pfarrer Burkhardt und Bäckermeister Lang von Cannstatt. So viel ist sicher, daß die hiesige Wählerschaft wie früher, so auch diesmal wieder nur dem reichstreuen Kandidaten ihre Stimme geben wird, mag auch die Volkspartei noch so viele Antriebe machen durch Verbreitung von Flugblättern, Begeweiern u. s. w.

Z u f f e n h a u s e n, 10. Juni. Auf Einladung der Deutschen Partei fand sich gestern Abend im Löwen eine zahlreiche Wählerversammlung ein, vor welcher Gemeinderat K a l l e n b e r g von Ludwigsburg sein Programm in ausführlicher Weise entwickelte. Redner verbreitete sich zuerst über die Militärvorlage und führte des Näheren aus, warum er für dieselbe eintrete und wie er die Kosten für dieselbe aufgebracht wissen wolle: nicht durch Mehrbelastung der Mittel- und unteren Stände, sondern durch Erhöhung der Börsensteuer, der Erbschaftsteuer und der Steuer auf große Einkommen, Einführung einer Wehrsteuer und besonders auch von Luxussteuern. — Es sei beabsichtigt gewesen, auch im 2. B. Nr. einen Landwirt als Kandidaten aufzustellen und er habe sich nach dem Scheitern des Versuchs mit Rücksicht auf sein Alter nur sehr schwer entschlossen, dem Drängen der Vertrauensmänner nachzugeben. Er trete aber warm für die Interessen der Landwirtschaft ein, sei für die Beibehaltung von Getreidezöllen und wünsche überhaupt, der gedrückten Lage aufzuhelfen. Er selbst sei Geschäftsmann, habe sich aus kleinen Verhältnissen emporgearbeitet und wisse daher, wo Handel und Gewerbe der Schuß drücke, er beklage die Auswüchse im Geschäftsleben und werde denselben energisch entgegenzutreten. Der allgemeine Beifall am Schlusse der Rede bewies das Einverständnis der Anwesenden mit den Ausführungen des Kandidaten. An der nun folgenden Besprechung beteiligten sich auch einige Redner der Sozialdemokratie, die die bekannten Steckpferde vorführten: Abschaffung der Getreidezölle, Einführung des Milchsystems u. s. w. Inüberaus klarer und sachlicher Weise wurde denselben seitens des Prof. Mezger aus Ludwigsburg entgegen und ihre Einwendungen widerlegt. Für den Kandidaten traten mit warmem Appell an die Wähler noch verschiedene hiesige Freunde ein und es war äußerst interessant, den einzelnen Ausführungen zu folgen. Rühmend hervorzuheben ist, daß die ganze Versammlung, die von Fabr. Böhringer geleitet wurde, in ruhigster Weise verlief und daß auch die Gegner sich vollständig auf sachliche Einwendungen beschränkten. Mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland schloß der Vorsitzende die Versammlung und es darf wohl noch gesagt werden, daß das schlichte und einfache Auftreten Kallenbergs hier den günstigsten Eindruck gemacht hat.

L u d w i g s b u r g, 14. Juni. Gestern Abend fand im großen Saal des hiesigen Bahnhofs eine Wahlversammlung für den nationalen Kandidaten Gem. Rat K a l l e n b e r g statt, zu der sich eine große Zahl von Wählern herbeidrängte, so daß der Saal geradezu überfüllt war. Nachdem Kommerzienrat Herrn. Frank zum Vorsitzenden erwählt worden war, sprach Gem. Rat Kallenberg über sein Programm in schlichter, sachlicher und überzeugender Weise. Die Rede war an vielen Stellen von Beifallsrufen unterbrochen und am Schluß ertönte anhaltendes und lebhaftes Bravo. Nach ihm sprach Rechtsanwalt S t o c k m a y e r aus Stuttgart über die Notwendigkeit unserer Heeresverstärkung. Seine lichtvollen, interessanten Ausführungen fanden lebhafteste Zustimmung und waren für Jedermann, der sich nicht von blindem Parteihass leiten läßt, geradezu zwingend. Professor M e z g e r von hier gab seinem lebhaften Bedauern über die unanständige Kampfesweise Ausdruck, die noch zuletzt gegen den Kandidaten der deutschen Partei von der Volkspartei befehrt worden war. Ein so ehrwürdiger und gewissenhafter Mann, wie Herr Kallenberg, werde halten, was er versprochen habe. Das Hoch auf Kaiser, König und Bismarck, mit dem Prof. Mezger schloß, fand lebhaften Beifall und Wiederhall. Nach ihm sprach noch Komm. Rat H. F r a n k über die finanziellen und materiellen Nachteile, die unserer Handel, unserer Industrie, unserem Ansehen und damit der Volkswohlfahrt aus der Ablehnung der Militärvorlage erwachsen würden. Auf seinen Vorschlag erhoben sich die Anwesenden zu Ehren des Kandidaten von ihren Sätzen. Ein Gegner meldete sich trotz wiederholter Aufforderung nicht zum Wort. So nahm die Versammlung geradezu einen glänzenden Verlauf.

G m ü n d, 13. Juni. In dem See bei der kleinen Schweiz wurde kürzlich die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden. Heute wurde die unnatürliche Mutter in der Person einer dort in der Nähe wohnenden ledigen Fabrikarbeiterin wegen Verdachts des Kindsmordes dem Gericht übergeben; auch deren Mutter wurde wegen Verdachts der Beihilfe verhaftet, aber wieder freigelassen.

W o m m i t t l e r e n R e m s t h a l 13. Juni. Das Schiller'sche Wort „Rasch tritt der Tod den Menschen an!“ mußte

vorige Woche die Familie des Fuhrmanns Koller in Blüderhausen erfahren. Der Vater fuhr mit einem Holzwagen thalabwärts und setzte sich auf die Deichsel. Zwischen Schorndorf und Hebsack geriet er unter den Wagen und war nach kurzer Zeit eine Leiche. Er hinterläßt eine Witwe und mehrere Kinder.

L e o n b e r g, 14. Juni. Seltsam überrascht wurde dieser Tage ein Bewohner der hinteren Gasse in Ultingen. Als derselbe abends vom Felde heimkehrend, in die Nähe seines Hauses kam, grinsten ihm aus dem Fenster seines Wohnzimmers einer seiner Ochsen entgegen, welcher sich während dessen Abwesenheit dort häuslich niedergelassen hatte. Nur mit Mühe gelang es, den Stallbewohner von der Unzweckmäßigkeit seines neugewählten Domizils zu überzeugen. (S. 3.)

N e u e n b ü r g, 13. Juni. Vergangene Nacht kurz vor 12 Uhr brach hinter dem Gasthof zum Bären Feuer aus. Zwei dreistöckige Wohnhäuser brannten vollständig aus. Wäre ein Wind gegangen wie tags zuvor, so wäre die enggebaute Mühlstraße dem Feuer vollständig zum Opfer gefallen, und nur der angestrengtesten Thätigkeit der Feuerwehr und der energischen Beihilfe insbesondere der weiblichen Bevölkerung gelang es, den Herd auf die beiden Gebäude zu beschränken. Während des Brandes kam ein Feuerreiter von Salmbach, wo um dieselbe Zeit wie hier Feuer ausgebrochen war.

L a u f e n, 12. Juni. Von einem herben Schicksalsschlage wurde eine hiesige brave Familie betroffen. Ihr achtzehnjähriger Sohn, der vor 2 Jahren nach Amerika ausgewandert war, kam, von rührender Liebe zum Vaterhaus getrieben, Freitag vormittag todkrank mit dem Zuge hier an und wurde, da ihn beim Aussteigen eine Ohnmacht befiel, mittels Chaise in die Wohnung seiner nichtsahnenden Eltern gebracht. Im Laufe des Nachmittags erholte er sich soweit, daß er seinen Angehörigen noch Angaben über seinen Aufenthalt in Philadelphia und seine Heimreise machen konnte, starb aber in der darauffolgenden Nacht.

F r i e d r i c h s h a f e n, 12. Juni. Das gestern Abend über die Gemeinden Ailingen, Cottenweiler, Theuringen wegziehende Gewitter war von Hagel in Größe von Haselnüssen begleitet und hat an Baum- und Feldfrüchten geschadet; doch ist der Schaden, da der Hagel nicht im Gefolge von Sturm und nur strichweise war, nicht hoch zu bemessen.

N e u w e i l e r, O. A. Calw, 13. Juni. Der hiesige Ort wurde gestern Vormittag aufs neue durch schweres Brandunglück heimgesucht, nachdem wenige Tage zuvor schon ein größeres Bauernhaus eingestürzt worden war. Das Feuer brach in der Streuremisse eines Neubaus aus und verbreitete sich rasch über ein Nachbarhaus, so daß beide Häuser in kurzer Zeit niedergebrannt waren. Der Wind übertrug die Flamme sodann auf ein mehr entferntes Gebäude, das ebenfalls vollständig zerstört wurde; dabei haben auch Kirche und Rathaus in unmittelbarer Nähe des zuletzt abgebrannten Hauses bedeutende Beschädigungen erlitten. Im ganzen sind 9 zumeist arme Familien obdachlos geworden. Brandstiftung wird vermutet.

Deutsches Reich.

B e r l i n, 13. Juni. Die Stichwahlen sind im ganzen Reich auf den 24. Juni anberaumt.

K a r l s r u h e, 12. Juni. An einer der Schießbuden der Frühjahrsmesse entlud sich vor einigen Tagen durch Unvorsichtigkeit eines der bedienenden Mädchen eines der zum Gebrauch aufgestellten Gewehre. Die kleine Schrotkugel drang so unglücklich in das Auge eines gerade vorübergehenden jungen Kaufmannsgehilfen, daß sofort die Entfernung des Auges von dem behandelnden Arzt vorgenommen werden mußte. Ein nur geringes tieferes Eindringen würde den Tod herbeigeführt haben. Das Mädchen wurde verhaftet.

M ü n c h e n, 13. Juni. Bei der Hirschau, ungefähr auf der Hälfte des Weges zwischen Kleinhesselohe und dem Aumeister, unweit des Schwabinger Baches, wurde heute Nachmittag ein Mann ermordet und beraubt aufgefunden. Denselben war der Hals durchschnitten, außerdem zeigte die Leiche zahlreiche Messerstiche im Hals und Genick und an den Schläfen. Der Ermordete ist etwa 50 Jahre alt. Von dem Thäter fehlt bis jetzt jede Spur.

M e z, 13. Juni. Auf der Strecke Bette-Courcelles stieß gestern Abend 10 Uhr der von Saarbrücken nach Metz gehende Personenzug 159 mit voller Kraft auf einen von Metz nach Saarburg fahrenden Güterzug. Der Heizer des ersten Zugs wurde getötet. Zwei Reisende sollen schwer und elf leicht verwundet sein.

Handel und Verkehr.

W a i b l i n g e n, 13. Juni. Dem heutigen Viehmarkt wurden zugeführt etwa 350 Paar Ochsen und Stiere, 250 St. Kühe und Kalbeln, 150 St. Schmal- und Kleinvieh, 450 St. Milch- und Läufer Schweine. Der Handel war durchweg flau bei sehr gedrückten Preisen, welche seit 2 Monaten von $\frac{1}{3}$ bis zur Hälfte, namentlich bei Kühen und Kleinvieh, gefallen sind. Ein Ausnahmefall ist es, daß ein Paar fette Ochsen im Gewicht von 1632 Kilogr. zu 1040 M. verkauft wurden. Milchschweine wurden von 10—30 M. pro Paar und Läufer Schweine zu 15—35 M. pro Stück verkauft. Unter diesen Umständen blieb den meisten Bauern nichts übrig, als ihr Vieh wieder heimzutreiben. — Der gestrige Holzmarkt war mit Holzwaaren verschiedener Art mittelmäßig befahren und wurde das meiste zu annehmbaren Preisen abgesetzt.